



Pressemitteilung Kreisverband Rhein-Pfalz 18.6.2015

Am Freitag, den 26. Juni 2015 veranstaltete der Kreisverband Rhein-Pfalz von Bündnis 90/ Die Grünen im Gemeindezentrum Limburgerhof eine Diskussionsveranstaltung mit dem Grünen Europaabgeordneten Sven Giegold zum Thema „Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TISA – eine Gefahr für die kommunale Demokratie?“

Um 19:30 war der Veranstaltungsraum mit über 80 Interessierten fast bis zum letzten Platz gefüllt. Unglücklicherweise war der Zug aus Brüssel vor Mannheim liegen geblieben und Giegold traf erst gegen 21:15 in Limburgerhof ein. Mehr als 50 Teilnehmer harhten jedoch bis dahin aus und nahmen an einer improvisierten offenen Diskussion teil, die von Armin Grau, Walter Altvater und Elias Weihnacht vom Kreisverband der Grünen moderiert wurde. Viele der Diskussionsteilnehmer brachten dabei ihre Sorgen zum Ausdruck, dass die Freihandelsabkommen wichtige Errungenschaften etwa im sozialen, ökologischen und Lebensmittelbereich aushöhlen und demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten schwächen.

Nach hindernisreicher Fahrt endlich angekommen, wurde Giegold von den Teilnehmern mit viel Applaus begrüßt. In einer Stunde schaffte er es in unterhaltsamer und humorvoller Weise einen Überblick über den aktuellen Stand und die wichtigsten Probleme bei den Freihandelsabkommen zu geben. Giegold machte deutlich, dass auch die Grünen keine Einwände dagegen haben, Handelshemmnisse etwa bei technischen Standards abzubauen. Weltweite Verhandlungen unter dem Schirm der Welthandelsorganisation (WTO) wären jedoch den vielen bilateralen Verhandlungen klar vorzuziehen. Eine Angleichung von Standards etwa im Umweltbereich oder bei den Arbeitnehmerrechten sei hingegen gar nicht erforderlich und schade nur den Ländern mit bislang schon eher fortschrittlichen Regelungen. Auch wenn es gelingen könnte, deutsche und europäische Standards festzuschreiben, wie Bundeswirtschaftsminister Gabriel zusichert, schränkte das demokratisch legitimierte Weiterentwicklungen in Zukunft ein. Scharf kritisierte Giegold die Intransparenz bei den Verhandlungen und die Regelungen zum Investorenschutz, die es Unternehmen erlauben, Staaten zu verklagen, wenn ihnen Gewinne durch neue Gesetze entgehen. Für die kommunale Ebene wies Giegold auf die mögliche Gefährdung wichtiger Elemente der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Freihandelsabkommen hin, wie z.B. Wasserversorgung oder Gesundheitsdienstleistungen. Er berichtete, dass gerade in seiner Heimat Nordrhein-Westfalen viele Städte und Kreise Resolutionen gegen TTIP und das Dienstleistungsabkommen TISA verabschiedet hätten. Zahlreiche Nachfragen und Diskussionsbeiträge belegten das große Interesse und die tiefen Sorgen vieler Teilnehmer.